



Viele deutsche Rentner sind noch gut versorgt, auch dank satter Betriebsrenten. Deren volle Auszahlung versuchen Firmen allerdings mit allerlei Kniffs zu verhindern

Foto: dpa

## Streitfall Betriebsrente

Deutsche Firmen wie IBM oder EnBW versuchen mit Macht, die Ausgaben für Altersvorsorge zu senken – Gerichte im Dauerstress

Jahrelang haben Konzerne Fachkräfte mit satten Betriebsrentenzusagen angelockt. Jetzt wird vielen Firmen die Altersvorsorge zu teuer. Mit diversen Winkelzügen versuchen sie, die Bezüge zu drücken. Das beschäftigt zunehmend Gerichte.

VON WALTHER ROSENBERGER

STUTTGART/KARLSRUHE. Karlheinz Große ist auch im fortgeschrittenen Alter ein gefragter Mann. Zahlreiche Anrufer klagen dem Geschäftsführenden Vorstand des Bundesverbands der Betriebsrentner (BVB) jeden Tag ihr Leid. Dabei geht es fast immer um das Gleiche: betriebliche Altersbezüge, die vom Ex-Arbeitgeber nur unzureichend erhöht werden – ein Vorgang, der die Bilanzen der Unternehmen schon, die Rentner aber monatlich mitunter mehrere Hundert Euro kostet. Einige Tausend Ruhestandler suchten jährlich beim BVB Rat, sagt Große. Ein Gutteil der Fälle lande irgendwann vor Arbeitsgerichten.

Tatsächlich ist die Abschiedsfeier mitunter die letzte positive Erfahrung, die langjährige Arbeitnehmer mit ihrer ehemaligen Firma teilen. Danach stehen die Zeichen nicht selten auf Konfrontation. In seiner Datenbank hat der BVB 2500 Unternehmen aufgelistet, die in juristische Streitigkeiten um Betriebsrenten verwickelt waren oder sind. Darunter sind viele klingende Namen – von der Commerzbank über Continental, RWE, Eon, EADS, Thyssen-Krupp, Daimler, EnBW bis zu Ford. Aber auch viele Kleinfirmen oder Mittelständler sind dabei. Dass versucht werde, an der Auszahlung der Betriebsrenten zu drehen, gehe durch alle Betriebsgrößen, sagt Verbands-Chef Große.

Besonders ausgeprägt war dieses Verhalten bei der Ehinger IBM. In den Jahren 2008 und 2009 stellte der Elektronikriese die Berechnung der betriebseigenen Altersbezüge um. In Zukunft sollten sie sich nicht mehr an der Inflation, sondern an der sehr viel niedrigeren Reallohnentwicklung orientieren. Als sich in den Jahren 2010, 2011

und 2012 eine Welle von Klagen aufbaute, weigerte sich der Konzern, die strittigen Regelungen in einem Musterprozess ein für alle Mal zu klären, wohl aus Sorge, dadurch Geld zu verlieren. Stattdessen musste jeder Fall vor Gericht einzeln ausgefochten werden. Folge: Die Arbeitsgerichtsbarkeit in Baden-Württemberg wurde über Monate hinweg quasi lahmgelegt. Von den 3000 Prozessen, die das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg (LAG) im Jahr 2011 verhandelte, waren rund 1200 allein IBM-Betriebsrenten-Prozesse. Um die Verfahrenslast, die die Richter im Nachhinein als „ethisch bedenklich“ brandmarkten, zu bewältigen, mussten Fälle an andere Gerichte, etwa in Mannheim oder Freiburg, ausgelagert werden. Mittlerweile ist das Gros der Prozesse durchgeföhnt. Die IBM hat mit ganz wenigen Ausnahmen alle verloren.

Echte Entspannung tritt in der Sache wohl aber vorerst nicht ein. Mit der Karlsruhe-

her EnBW macht derzeit ein zweiter Konzern aus Baden-Württemberg mit Betriebsrentenstreitigkeiten Schlagzeilen. Noch ist die Anzahl der Klagen mit etwa 60 viel kleiner als bei der IBM vor zwei Jahren. Der Stuttgarter Anwalt Uwe Melzer, der die meisten Kläger vertritt, meint aber, dass potenziell „4000 bis 6000“ der heute insgesamt knapp 20 000 EnBW-Beschäftigten betroffen sein könnten.

Sie alle waren bei einer der Vorgängerorganisationen der EnBW unter Vertrag, etwa der Energie-Versorgung Schwaben (EVS), den Technischen Werken der Stadt Stuttgart (TWS) oder den Neckarwerken Stuttgart (NWS), und sind meist heute noch im Konzern tätig. Bei der Fusion der Unternehmen zur EnBW wurden ihre alten Betriebsrentenregeln durch neue, konzernweite Klauseln abgelöst. Diese stellten die Arbeitnehmer nach Ansicht der Kläger schlechter und sind jetzt strittig. Die neuen Vereinbarungen, die im Zuge eines Sparprogramms im Jahr 2004 eingeführt wurden, summieren sich bei Renteneintritt auf erhebliche Beträge. Auf 700 bis 1200 Euro im Monat taixiert Melzer die möglichen Einbußen seiner Mandanten durch die Umstellung der entsprechenden Betriebsvereinbarungen. Allein die strittigen Beträge sind Summen, von denen normal versorgte Rentner nur träumen können.

Sie fallen deswegen so groß aus, weil die EnBW-Vorgängerorganisationen ihre Mitarbeiter mit einer „beamtenähnlichen Altersvorsorge“ lockten, wie Arbeitsrechtler Melzer sagt.

In den 1970er und 1980er Jahren konkurrierte die Energiebranche in Baden-Württemberg mit finanzstarken Industrieunternehmen um die damals schon raren Arbeitskräfte, die an den Meilerstandorten ähnliche Tätigkeiten verrichten mussten wie bei Daimler, Porsche, Bosch oder Audi in den Werken. Weil aber die hohen Metalllöhne von der Energiebranche damals nicht gezahlt werden konnten, ging die Energiebranche mit einem Versprechen für die Zu-

kunft auf Arbeitskräftesuche: satte Renten für die Zeit nach dem aktiven Arbeitsleben.

Das Versprechen behielt seine Gültigkeit, bis die Auswirkungen der Energiemarkt-Liberalisierung die Ex-Monopolisten zu Beginn des neuen Jahrtausends einholten und die Gewinne einbrachen. Mit Topfit schuf der damalige EnBW-Chef Utz Claassen ein milliardenschweres Kostensenkungsprogramm, um den Konzern wieder auf Spur zu bringen. 350 Millionen Euro sollten im Personalbereich eingespart werden, auch bei den vielen Arbeitnehmern als ehern angesehenen Betriebsrentenzusagen. „Die Einschnitte, die damals von der Konzernführung durchgesetzt wurden, werden heute vor Gericht aufgearbeitet“, sagt Arbeitsrechtler Melzer.

Bisher hätten die diversen Kammern im „ganz überwiegenden Teil“ der Fälle den klagenden EnBW-Mitarbeitern recht gege-



„Beamtenähnliche Versorgung in Aussicht gestellt“

Uwe Melzer  
Arbeitsrechtler

ben. Ende Juni etwa entschied das Stuttgarter Arbeitsgericht in 32 Fällen für die Kläger. Ähnlich lief es auf der Ebene des Landesarbeitsgerichts. Teilweise wurde aber Revision zugelassen.

Wie stark die EnBW-Fälle in Zukunft die Gerichte im Land belasten werden, hängt nun von der Prozessfreudigkeit der EnBW-Angestellten ab. Zudem wird die Frage entscheidend sein, ob sich der Energiekonzern ähnlich hartleibig wie der IT-Konzern IBM verhält oder ob er einem Pilotverfahren zustimmt. Dieses würde dann als eine Art Präzedenzfall stellvertretend für übrige Urteile gelten. Vonseiten der EnBW heißt es, man habe sich schon vor zwei Jahren für ein solches Musterverfahren ausgesprochen. Anwalt Melzer bestreitet dies. Dabei habe es sich um eine unverbindliche Erklärung gehandelt.

## Schwarz-Gelb will Strompreisanstieg stoppen

Wahlversprechen: Bundesumweltminister Altmaier stellt Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Aussicht

BERLIN (dpa). Die schwarz-gelbe Regierungskoalition will einen weiteren Anstieg der Strompreise verhindern und stellt dazu eine Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) in Aussicht. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) versprach im Falle des Wahlsiegs schnelle Gegenmaßnahmen: „Gleich nach der Bundestagswahl werden wir die Förderung der erneuerbaren Energien grundlegend reformieren müssen“, sagte er der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle fordert einen Neustart in der Energiewende.

Das Subventionssystem für alternative Energien sei zur Kostenfalle geworden, sagte Brüderle der Wirtschaftszeitung „Euro am Sonntag“. Das gefährde Arbeitsplätze, zudem drohe eine soziale Schieflage bei einkommensschwächeren Haushalten. Das EEG müsse überarbeitet werden. Brüderle plädierte für eine Aussetzung der Förderung von Wind- und Solaranlagen. „Jeden Tag kommen neue Wind- und Solaranlagen da-

zu, die wieder für 20 Jahre eine Förderung erhalten, die Schieflage verstärken und Strom teurer machen.“ Forderungen nach der Einführung von staatlichen Strom-Hilfen für einkommensschwache Haushalte lehnte der FDP-Politiker ab.

Für EU-Energiekommissar Günther Oettinger ist die deutsche Politik in der Pflicht, den weiteren Anstieg der Strompreise zu verhindern. „Strom ist in Deutschland heute schon besorgniserregend teuer“, sagte Oettinger der „Bild“-Zeitung. „Es darf nicht sein, dass Strom für den normalen Haushalt unbezahlbar wird.“ Das EEG müsse dringend reformiert werden. „Das muss die nächste Bundesregierung sofort nach der Bundestagswahl anpacken.“ Die umgekehrte Förderung weiterer Solar- und Windanlagen überfordere die Stromverbraucher.

Auch der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer erwartet von der neuen Bundesregierung schnelles Handeln. Mit Blick auf den von Experten erwarteten Anstieg der Ökostrom-

umlage von derzeit 5,3 auf mehr als 7 Cent pro Kilowattstunde im kommenden Jahr sagte Seehofer der „Bild am Sonntag“. „Die erste Maßnahme der neuen Bundesregierung muss und wird die Reform des Energieeinspeisegesetzes sein, um solche Preissprünge zu vermeiden.“

**Laut Greenpeace würde sich eine Reform des EEG heute kaum auf den Strompreis auswirken**

Greenpeace-Energieexperte Tobias Austerp betonte, es müsse klar sein, dass eine Reform oder gar die Abschaffung des EEG sich heute kaum noch auf den Strompreis auswirken würde. „Neue Anlagen beeinflussen die EEG-Umlage kaum noch. Für die bereits genehmigten Anlagen ist die Vergütung gesetzlich festgelegt – die Kosten sind also unveränderlich“, betonte er. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hassel-

feldt forderte in der „Wirtschaftswoche“, die Umlage auf 4,5 Cent je Kilowattstunde zu deckeln. Dafür könnten die Kosten über eine längere Zeit gestreckt werden. Die Anlagen würden so weiter über 20 Jahre bezuschusst, aber die Stromverbraucher zahlten das teilweise mehr als 40 Jahre ab. Die staats eigene KfW-Bank könnte die Zwischenfinanzierung übernehmen. So ließen sich die Kosten für die Verbraucher über einen längeren Zeitraum strecken und abmildern, meinte Hasselfeldt.

Brüderle verteidigte die weitgehende Befreiung für Unternehmen mit energieintensiver Produktion. Ausnahmen von EEG-Umlage und Stromsteuer seien am Industriestandort Deutschland unverzichtbar. Oettinger warnte, eine weitere Erhöhung der Strompreise sei industriepolitisch gefährlich. „Ich beobachte mit großer Sorge eine schleichende Abwanderung von energieintensiven Industriezweigen aus Deutschland in Länder mit niedrigeren Energiekosten.“

## Edeka Südwest: Boom bei Äpfeln aus dem Land

Bei Obst und Gemüse liegt Anteil der heimischen Produkte bei 20 Prozent

OFFENBURG (dpa). Der Lebensmittelhändler Edeka Südwest spürt die steigende Nachfrage der Verbraucher nach heimischen Produkten. Der Absatz regionaler Ware habe sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht, sagte Edeka-Chef Harald Rissel im badischen Offenburg. Auch die Nachfrage nach Bioprodukten nehme zu. Edeka Südwest mit seinem Verkaufsgebiet Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Südhessen und Bayern baue sein Warenortiment um: „Die Kunden sind sensibler geworden für Lebensmittel und die Frage, woher sie kommen und wie sie produziert werden“, so Rissel. „Bei Obst und Gemüse nehmen die regional erzeugten Lebensmittel inzwischen einen Anteil von rund 20 Prozent ein, Tendenz steigend.“ Vor fünf bis sechs Jahren seien es nicht einmal fünf Prozent gewesen. Zudem bekomme die Kombination von Regionalität und Bio einen immer höheren Stellenwert. „Diese Produkte stehen zunehmend hoch im Kurs.“

Das Warenangebot werde entsprechend ausgebaut. 2006 habe Edeka Südwest als erste Lebensmittelmarktkette eine eigene regionale Handelsmarke ins Leben gerufen. Diese umfasse heute mehr als 200 Produkte. Produziert und verarbeitet würden sie von mehr als 1000 Erzeugern und Verarbeitungsbetrieben. Die Kooperationen mit heimischen Betrieben sowie mit Bioverbänden werde hierfür ausgebaut.

Hürden seien der hohe Preis sowie die Versorgung. „Regionalität und Bio kann es nicht zum Nulltarif geben“, sagte Rissel. „Die Produktion ist deutlich aufwendiger, hinzu kommen intensive und teure Qualitäts- und Herkunftskontrollen.“ Zudem brauche die Umstellung von konventionellem Anbau auf Bioanbau Zeit.

Edeka Südwest beliefert und betreibt insgesamt rund 1400 Lebensmittelmärkte. Das Unternehmen ist genossenschaftlich organisiert, es besteht aus rund 525 selbstständigen Kaufleuten. 2012 verzeichnete es 7,4 Milliarden Euro Umsatz und beschäftigte mehr als 43 500 Mitarbeiter und 2800 Auszubildende.

## Telekom überwacht Verbindungsdaten

FRANKFURT (rtr). Auf der Suche nach Betrügern überwacht die Deutsche Telekom ein Magazinbericht zufolge in großem Stil die Verbindungsdaten ihrer Kunden. Computergesteuerte Überwachungssysteme des Konzerns kontrollierten den gesamten Verkehr im Festnetz und Mobilfunk und werteten automatisch Verbindungsdaten aus, berichtete die „Wirtschaftswoche“ unter Berufung auf Unternehmenskreise.

Das System schlage Alarm, wenn Kunden erheblich von der Norm des Durchschnittstelefonierers abwichen. Eine Ermittlungsgruppe der Abteilung Konzernsicherheit habe so im vergangenen Jahr Schäden von rund 200 Millionen Euro verhindert. Ein Telekom-Sprecher wollte diese Zahl nicht bestätigen. „Wie jedes andere Telekommunikationsunternehmen nutzt die Telekom Missbrauchserkennungssysteme, die auch dem Schutz der Kunden dienen“, sagte er. Das System sei dem Bundesdatenschutzbeauftragten bekannt und bereits vor Jahren öffentlich gemacht worden. Der Sprecher widersprach, dass damit auch teure Vieltelefonierer ausfindig gemacht würden.

## Tagesgeld

### 10 000 Euro Anlagesumme

Anbieter-Auswahl	Zins in % p.a.
NIBC Direct <sup>1,2</sup>	1,50
Rabo Direct <sup>1,2</sup>	1,50
Renault Bank direkt <sup>1,2</sup>	1,50
Akbank <sup>1</sup>	1,45
MoneyYou <sup>1,2</sup>	1,45
Amsterdam-Trade-Bank <sup>1,2</sup>	1,40
Bank of Scotland <sup>1</sup>	1,40
Bank11 <sup>1</sup>	1,40
Deniz-Bank <sup>1,2</sup>	1,40
Ikanobank <sup>1,2</sup>	1,40
Autobank <sup>1,2</sup>	1,37
Avanzia-Bank <sup>1,2</sup>	1,32
AKF Bank <sup>1,2</sup>	1,30
Cosmos Direkt <sup>1</sup>	1,30
Garanti Bank International <sup>1,2</sup>	1,30
Gefa Bank	1,20

Tendenz: → stagnierend

1) Online-Kondition, 2) Einlagensicherung: 100 000 Euro/Person.

Neukundenangebote bleiben unberücksichtigt.

Angaben ohne Gewähr.

Weitere Infos: [www.stuttgarter-nachrichten.de/rechner](http://www.stuttgarter-nachrichten.de/rechner)

Quelle: biallo.de

Stand: 9.8.2013